

Wahlprüfstein Landeshandwerksrat Schleswig-Holstein

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

Frage 1: Welchen Stellenwert hat die Handwerkspolitik in Ihrer Partei und wie wollen Sie den Mittelstand vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs und der Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung stärken? Wo liegen dabei die Schwerpunkte? Wie stehen Sie zum Unternehmertum?

Wir Freie Demokraten wollen der Wirtschaft im Land weiterhin den Rücken stärken und Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland in Deutschland machen. Gerade das Handwerk mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft und sorgt flächendeckend für Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Damit die vielen Betriebe im Land schlagkräftig bleiben, setzen wir auf eine unbürokratische, mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik und wollen weiterhin ein verlässlicher Ansprechpartner für das Handwerk sein. Wichtige Grundlage ist dafür eine moderne Infrastruktur inklusive flächendeckender Breitbandversorgung, die wir bis 2025 erreicht haben wollen. Damit besonders auch kleine Unternehmen an öffentlichen Vergaben teilnehmen können, werden wir an einem schlanken und wirtschaftsfreundlichen Vergabegesetz festhalten, sodass staatliche Investitionen auch zügig abfließen können. Denn die weitere Modernisierung des Landes können wir nur gemeinsam mit unserem Mittelstand voranbringen.

Frage 2: Wie wird sich Ihre Partei im Sinne der Erwartungen des Schleswig-Holsteinischen Handwerks für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte duale Ausbildung einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit der handwerklichen Bildungseinrichtungen in diesem Rahmen sichergestellt bleiben?

Wir wollen ein Konzept für die duale berufliche Ausbildung in Schleswig-Holstein entwickeln, das die Ausbildung möglichst vieler Berufe in der Fläche ermöglicht, aber gleichzeitig den Anforderungen der technischen Entwicklung und der Veränderung von Arbeitsprozessen Rechnung trägt. Über das SHIBB haben wir erstmalig genaue Bestandsaufnahmen über den Stand der beruflichen Bildung und der Bildungsgänge im Land in die Wege geleitet. Wir werden diesen Stand zügig auswerten und daran konsequent ein Handlungskonzept anschließen, um die berufliche Bildung fit für die zukünftigen Herausforderungen aufzustellen. Das wollen wir über eine Schulentwicklungsplanung erreichen, die erstmalig die Belange und Bedarfe der beruflichen Bildung erfasst und berücksichtigt und unter anderem den Erhalt des Angebotes der Bildungsgänge zum Ziel hat. Die gegenwärtige, teilweise unübersichtliche Struktur der Weiterbildungsanbieter und deren Angebote wollen wir überprüfen, transparenter gestalten und die bestehenden Beratungsangebote ausbauen. Wir wollen, dass auch

bei der Weiterbildung die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, z.B. durch Online- und Hybrid-Weiterbildungen.

Frage 3: Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung sicherzustellen? Welche Instrumente wird ihre Partei anwenden, um die bestmögliche Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten?

Die Fachkräfteversorgung auch im ländlichen Raum hat für uns eine hohe Priorität. Wir werden daher die Information über die Chancen der beruflichen Bildung, im Rahmen einer beruflichen Ausbildung allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erreichen, verpflichtend in die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen aufnehmen. Wir möchten aufzeigen, dass es neben dem Studium vielfältige weitere Optionen für den weiteren Karriereweg gibt. Der Fachkräftemangel gerade bei den Handwerksberufen zeigt deutlich auf, dass wir die Chancen der beruflichen Bildung mehr als bisher herausstellen sollten. Deshalb werden wir die berufliche Bildung und ihre Chancen als eigenständiger und gleichwertiger Bildungsweg stärker in das Bewusstsein der Eltern und Schülerinnen und Schüler rücken. Wir wollen das Beratungsangebot an jedem Übergang in eine andere Schulart ausbauen, denn zu viele junge Menschen, die sich auf das Abitur und ein Studium fokussieren, finden oft zu spät heraus, dass sie erfolgreicher und zufriedener über den Weg einer dualen Ausbildung in ihre berufliche Karriere gestartet wären. Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung im Verhältnis zur akademischen Bildung und die Attraktivität der dualen Ausbildung werden wir steigern, um einen offenen Wettbewerb der Bildungswege zu fördern.

Frage 4: Welche Maßnahmen und Instrumente sieht Ihre Partei vor, um den Sanierungsstau in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Behörden, Sportstätten, Schwimmhallen etc.) abzubauen und gleichzeitig die regionale Auftragsvergabe zu stärken?

Wir werden die öffentlichen Investitionen von Land und Kommunen erhöhen, um den vorhandenen Sanierungsstau abzubauen und das Land nach vorne zu bringen. Dafür wollen wir eine dauerhafte Investitionsquote von zunächst 10% und mittelfristig von 12,5%. Zudem wollen wir, dass unsere Kommunen die notwendige Finanzkraft haben, in die eigene Infrastruktur zu investieren. Um dies zu erreichen, wollen wir, dass der Bund dauerhaft auf Umsatzsteueranteile zugunsten der kommunalen Ebene verzichtet. Wir werden aber auch dafür sorgen, dass sich das Land an diesen Investitionen beteiligt. So wollen wir zum Beispiel die kommunalen Schwimmstätten stärken, damit jedes Kind schwimmen lernen kann. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass es gemeinsam mit dem Bund ein umfassendes Sonderprogramm Schulbau gibt, um die Schulen auf die Höhe der Zeit zu bringen. Damit auch kleinere Betriebe vor Ort von diesen öffentlichen Aufträgen profitieren können, halten wir an einem wirtschaftsfreundlichen Vergaberecht fest.

Frage 5: Wie soll nach Auffassung Ihrer Partei der Verkehr der Zukunft aussehen und wie muss entsprechend die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden, um einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort mit einer hohen Lebensqualität verbinden zu können? In welcher Höhe stellen Sie dafür Mittel bereit?

Eine moderne und gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Auch in Zukunft werden alle Verkehrsträger eine Rolle spielen. Daher bilden Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur ein zentrales Element unserer Wirtschaftspolitik. Wir bekennen uns klar zur Umsetzung der Projekte des

Bundesverkehrswegeplanes. Besonders wichtig für das Land ist der schnellstmögliche Weiterbau der A20 inklusive Elbquerung nach Niedersachsen. Zudem werden wir die Sanierung der Landesstraßen, den Lebensadern unseres Landes, weiter voranbringen und dafür jedes Jahr mindestens 100 Millionen Euro bereitstellen. Darüber hinaus werden wir den Landesweiten Nahverkehrsplan konsequent umsetzen, um zum Beispiel mit der Elektrifizierung der Marschbahn und dem Ausbau der Strecke Neumünster - Bad Oldesloe unser Schienennetz robuster zu machen. Neuen Mobilitätsformen und -konzepte stehen wir sehr offen gegenüber und werden sie entsprechend unterstützen.

Frage 6: Welchen Ansatz werden Sie mit Blick auf den Klimaschutz und die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudesektor verfolgen? Werden Sie die Modernisierungen anreizende Förderkulisse ausbauen, umbauen oder ergänzen und wenn ja, wie? Wie soll die Grundsteuer berechnet werden?

Die energetischen Anforderungen an Wohngebäude haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verschärft. Häufig führen relativ geringe Energieeinsparungen zu unverhältnismäßig hohen Zusatzkosten. Daher sprechen wir uns gegen immer weitergehende Verschärfungen der Energiestandards aus. Stattdessen müssen die bestehenden Regelungen evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Denn Klimaschutzpolitik kann nur funktionieren und die notwendige Akzeptanz erhalten, wenn sie auch wirtschaftlich ist. Aus diesem Grund wollen wir auch eine verpflichtende Wohnkostenfolgeschätzung (Mieten-TÜV) einführen: Neue Gesetze sollen im Vorwege auf ihre Auswirkung auf Mieten, Neben- und Baukosten untersucht werden. Wir setzen zudem auf das Instrument der Freiwilligkeit. So lehnen wir beispielsweise verpflichtende Photovoltaik-Anlagen für Wohngebäude ab. Bei der Grundsteuer setzen wir Freie Demokraten auf ein faires und einfaches Flächenmodell.

Frage 7: Welche mittelstandsorientierten Maßnahmen planen Sie im Sinne einer effizienten Verwaltung zu ergreifen und welche Maßnahmen halten Sie dabei für so akut, dass Sie sie für eine spürbare Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen sofort umsetzen wollen?

Wir wollen Schleswig-Holstein zur digitalen Vorzeigeregion machen und dazu gehört für uns definitiv eine digitalisierte und dienstleistungsorientierte Verwaltung, die den Anforderungen der Menschen und Unternehmen im Land entspricht. Wir werden daher die überfällige Digitalisierung der Verwaltung umgehend realisieren, damit wir in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich ein echtes E-Government haben werden. An der Umsetzung wollen wir auch die Privatwirtschaft enger einbinden. Unser Ziel ist es, dass alle Verwaltungsprozesse spürbar einfacher und schneller werden.

Frage 8: Wie will ihre Partei das Handwerk als Anker der regionalen Wirtschaftsstruktur insbesondere im ländlichen Raum stärken? Welche Ziele verfolgt ihre Partei in der Wohnungsbaupolitik und wie wollen Sie sicherstellen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt?

Wir wollen, dass das Handwerk in der Fläche präsent bleibt. Neben der flächendeckenden beruflichen Ausbildung im Land und der Sicherung der Mobilität braucht es dafür ausreichend Wohnraum. Wir werden für ein intelligentes Flächenmanagement sorgen, sodass ausreichend Gewerbe- und Wohnflächen ausgewiesen werden können. Denn der Schlüssel für mehr bezahlbaren Wohnraum liegt vor allem im Bau von mehr Wohnungen. Um dies zu erreichen, werden wir uns auch für entsprechende Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau einsetzen, dass schnellstmöglich

mehr gebaut und der Preisdruck so reduziert wird. Markteingriffe wie die Mietpreisbremse lösen die bestehenden Probleme hingegen nicht. Sie verhindern vielmehr Investitionen und verschärfen so die bestehenden Probleme, weshalb wir derartige Eingriffe ablehnen